



© Foto Pleyer

Liebe Leserinnen und Leser,

Am Freitag haben sich die Staat- und Regierungschefs zum Europäischen Rat in Brüssel getroffen. Für die CSU im Bundestag steht fest: Wir brauchen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.

Neben den Herausforderungen für Europa diskutierte der Deutsche Bundestag auch über das Elterngeld Plus. Es zeigt sich, dass die Einführung ein echtes Erfolgsmodell ist. Weitere Themen: der Koalitionsvertrag mit der SPD, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche und die Lage im Nahen Osten.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Florian Oßner MdB

Topthemen:

Mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen
Koalitionsvertrag: eine neue Dynamik für Deutschland
Elterngeld Plus als Erfolgsmodell

2
3
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Regierungserklärung

Mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen



© picture alliance / dpa

„Ein ‚Weiter so‘ in Europa darf es nicht geben“, sagte Florian Hahn am Donnerstag im Anschluss an die Regierungserklärung im Bundestag. Am Freitag haben in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union getagt. Hauptthema war dort der EU-Finanzrahmen bis 2021.

Vor allem das Ausscheiden Großbritanniens reißt eine Finanzlücke in den Haushalt der Europäischen Union. Denn mit Großbritannien verlässt die drittgrößte Volkswirtschaft Europas die EU. Europa steckt in einer Vertrauenskrise, sagte Florian Hahn, außenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Ein „Weiter so“ dürfe es deshalb nicht geben. Er stellte klar: „Wir wollen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.“ Das bedeute ein Europa, in dem die Menschen den Mehrwert der Europäischen Union wieder spüren. Dazu sei der Finanzrahmen, der am Freitag auf der Tagesordnung in Brüssel steht, ein richtiger und wichtiger Schritt. Florian Hahn: „Für den EU-Haushalt muss das Gleiche gelten, was wir in Deutschland seit 2005, seit CDU und CSU die Bundesregierung führen, praktizieren: Prioritäten setzen, Zukunftsaufgaben angehen, maßhalten und Ausgaben begrenzen. Eines ist klar: Wenn Europa kleiner wird, sollte das Budget nicht größer werden.“



Hinzu komme, im Haushalt die richtigen Prioritäten zu setzen. Denn es gehe darum, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. „Das heißt, wir müssen einen klaren Fokus auf öffentliche Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Verteidigung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und solides Haushalten legen. So machen wir die Europäische Union wieder stark; so sorgen wir dafür, dass die EU wieder an Akzeptanz bei den Menschen vor Ort gewinnt.“

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel machte in ihrer Regierungserklärung deutlich: „Wir brauchen europäische Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit.“ Nötig sei deshalb ein neuer Aufbruch für Europa.

Regierung

Einigung auf Koalitionsvertrag: eine neue Dynamik für Deutschland



© picture alliance / dpa / Kay Nietfeld

Der Koalitionsvertrag trägt eine klare christlich-soziale Handschrift: Mit einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, einer besseren Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rente und einem digitalen und wirtschaftlichen Aufbruch für den Wohlstand von morgen.



Die Menschen in Deutschland haben der CSU im September einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Dieser Verantwortung haben wir uns immer gestellt: CDU und CSU sind die einzigen Parteien, die immer gesprächsbereit waren, die von Beginn an am Verhandlungstisch saßen und dort auch sitzen geblieben sind.

Wir haben uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass Deutschland eine stabile Regierung bekommt. Auch in den Verhandlungen mit der SPD haben wir für unsere Überzeugungen gekämpft, haben mit unseren Verhandlungspartnern um gemeinsame Lösungen gerungen – und hatten Erfolg. Der Koalitionsvertrag trägt eine klare christlich-soziale Handschrift: Mit einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, einer besseren Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rente und einem digitalen und wirtschaftlichen Aufbruch für den Wohlstand von morgen.

Damit haben wir unser Verhandlungsziel erreicht: Der Koalitionsvertrag ist ein Zukunftsplan – für eine neue Dynamik für Deutschland. Den [Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, SPD](#) finden Sie hier. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Erfolge gibt es [hier](#).

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, sprach nach Abschluss der Gespräche von einem "guten Morgen". "Und ich glaube, es ist Zeit geworden, dass wir die Aussicht auf eine Regierung in Deutschland haben."

Interview

Elterngeld Plus als Erfolgsmodell



© picture alliance / westend61



Immer mehr Eltern nehmen das Elterngeld Plus in Anspruch – das wurde aus dem Zwischenbericht, der vergangene Woche im Deutschen Bundestag vorgestellt wurde, deutlich. Stephan Stracke, familienpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, unterstreicht im Interview, dass die Familienpolitik bei der CSU ganz oben auf der Agenda steht.

Herr Stracke, vor knapp drei Jahren ist das Elterngeld Plus eingeführt worden. Was verbirgt sich dahinter und welche Verbesserungen hat es für junge Eltern gebracht?

Mit dem Elterngeld Plus kann die Bezugszeit des Elterngeldes von Eltern, die nach der Geburt ihres Kindes in Teilzeit arbeiten, um das doppelte verlängert werden. Gehen Mütter und Väter gleichzeitig in Teilzeit, erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier zusätzliche Elterngeld Plus-Monate. Das Elterngeld Plus macht es Müttern und Vätern einfacher, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Bereits jetzt zeigt sich, dass das Elterngeld Plus ein Erfolgsmodell ist. Die wirtschaftliche Lage der Empfänger hat sich spürbar verbessert und immer mehr Leute nehmen die Leistung in Anspruch.

Die Familienpolitik steht bei der CSU ganz oben auf der politischen Agenda. Was tun wir noch für Familien?

Der Koalitionsvertrag trägt die klare Handschrift der CSU, denn wir setzen unsere Versprechen aus dem Bayernplan konsequent um: Wir werden das Kindergeld um 25 Euro im Monat erhöhen und parallel dazu den Kinderfreibetrag anheben. Das sind 300 Euro mehr pro Kind und Jahr und ein starkes Signal für Familien. Mit dem Baukindergeld fördern wir den Eigentumserwerb von Familien. Dazu unterstützen wir den Kauf oder den Bau eines Hauses oder einer Wohnung mit 1.200 Euro jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren. Das sind 12.000 Euro pro Kind. Außerdem bekämpfen wir Kinderarmut, indem wir den Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende erhöhen.

Was ist in dieser Wahlperiode geplant, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gerade für junge Familien besonders wichtig. Daher werden wir für Kitas mehr Geld für den Ausbau des Angebots und Verbesserung der Qualität zur Verfügung stellen und einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit schaffen, um mehr Flexibilität für Eltern zu ermöglichen. Außerdem werden wir, wie im Bayernplan versprochen, einen Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen.



Nahostregion

Instabilität nimmt zu



© picture alliance / aa

Die Eskalation der Kämpfe in Syrien in den vergangenen Tagen haben der Bundestagsdebatte zur Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten eine dramatische Aktualität verliehen. Aber nicht nur Syrien, sondern die gesamte Region bleibt von Instabilität und Kampfhandlungen geprägt.

„Instabilität in der Welt nimmt zu – die Unberechenbarkeit ist eine gewisse Konstante geworden“, erklärte Alexander Radwan in seiner Rede im Bundestag zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Er wies darauf hin, dass die Mächte, die bisher in der Region ordnende Hand waren und Einfluss genommen haben, sich zurückgezogen haben. Dieses Vakuum besetzten nun regionale Mächte, die eigene Interessen haben und Strukturen vor Ort schaffen. In Syrien seien so Koalitionen entstanden, die er früher nicht für möglich gehalten hätte. Deutlich wurde in der Debatte, dass die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen ist. Die massiven Angriffe der syrischen Armee auf das syrische Rebellengebiet Ost-Ghuta und die Kämpfe im Norden in Afrin haben zudem die Sorge vor einer weiteren Eskalation verschärft.

Aber auch andere Konflikte und Entwicklungen in der Region seien gefährlich, so Radwan, und verwies auf die Aktivitäten des Iran und Saudi-Arabiens. Das Existenzrecht Israels dürfe nie in Frage gestellt werden: „Das steht auf der deutschen Agenda ganz oben. Gleichzeitig müssen wir alle in dieser Region ermahnen, alles daran zu setzen, dass



es nicht zu einer weiteren Eskalation kommt.“ Das gelte für Russland genauso wie für die USA. Radwan appellierte an NATO und EU, endlich dort, wo ein Vakuum entstanden ist, mit einer Stimme zu sprechen. „Dort, wo Konflikte zunehmen, ist mehr Diplomatie notwendig und nicht weniger, ist mehr Einflussnahme notwendig und nicht weniger.“

Kommentar

Ullrich: Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche muss beibehalten werden



© picture alliance / BISP

Am Donnerstag debattierte der Deutsche Bundestag über die Gesetzentwürfe der Opposition zur Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche. Die CSU im Bundestag lehnt die Vorstöße entschieden ab. Warum - das erklärt ihr innen- und rechtspolitischer Sprecher, Volker Ullrich, in seinem Kommentar.

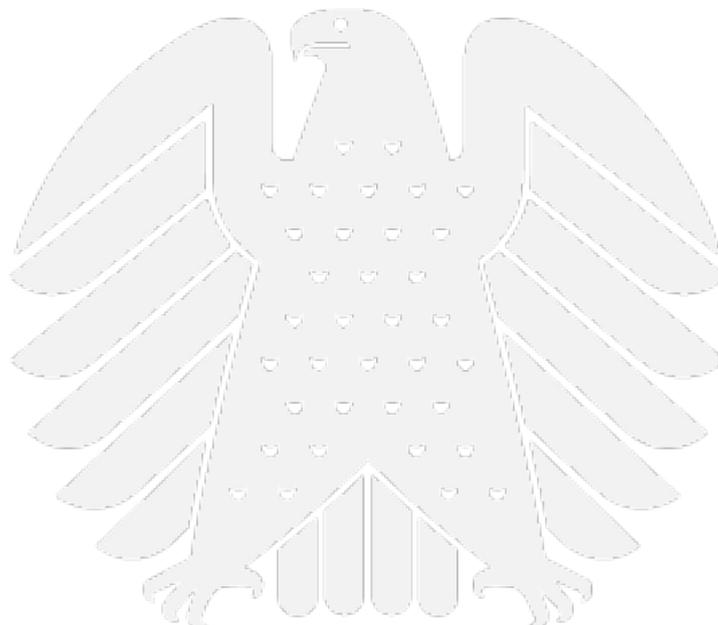
Die Vorschläge der Opposition sind entschieden abzulehnen. Am Werbeverbot muss festgehalten werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen die Menschenwürde des ungeborenen Lebens hervorgehoben. Der Verpflichtung ist der



Gesetzgeber nach langem Ringen mit dem bestehenden Konzept der Fristenlösung in §§ 218ff. Strafgesetzbuch nachgekommen. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche ist wesentlicher Bestandteil dieses Systems. In der Öffentlichkeit soll der Schwangerschaftsabbruch nicht verharmlost oder als etwas Normales dargestellt werden. Eine Abschaffung des Werbeverbots würde das sorgsam austarierte System ohne Not ins Wanken bringen. Eine Beratung, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dient, lässt sich nicht mit einer Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen in Einklang bringen.

Die Argumente für die Abschaffung dieses Werbeverbots sind nicht überzeugend. Insbesondere werden die Informationsmöglichkeiten für Schwangere durch das Werbeverbot nicht abgeschnitten. Sachliche Informationen durch die Beratungsstellen unterfallen nicht dem Verbot. Erlaubt ist ferner die Weitergabe der Information, welche Ärzte bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Nicht zuletzt zeigen auch die geringen Fallzahlen, dass dieses Werbeverbot den Ärzten keine Probleme bereitet. Aus einem erstinstanzlichen Urteil eines Amtsgerichts lässt sich noch kein rechtspolitischer Handlungsbedarf ableiten.

Die CSU im Bundestag steht für einen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens und erteilt Vorstößen zur Einschränkung oder Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche eine deutliche Absage.



Impressum

Herausgeber: Florian Oßner MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 71 999, E-Mail: florian.ossner@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76 999